
Das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell

Rezension von: Erich Hödl (Hrsg.), Europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Metropolis, Marburg 2005, 204 Seiten, € 22,80.

Die Globalisierung ist in aller Munde. Gekennzeichnet insbesondere von einer „weit reichenden Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche“ gerät sie zunehmend „unter den Einfluss des US-amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells“. Für Europa stellt sich in diesem Kontext zunehmend die Frage, so der Herausgeber Erich Hödl in seiner Einleitung, inwieweit es sich „diesen Tendenzen ohne besondere Vorbehalte anschließen oder auf eine eigenständige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinarbeiten“ (S. 7) soll oder kann.

Die Befassung mit Möglichkeiten und Grenzen einer eigenständigen europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfolgt in elf, thematisch sehr unterschiedlichen Beiträgen. In deren Zentrum stehen Fragen danach, ob und inwieweit ein europäisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell existiert, was dessen wesentlichste Charakteristika sind, sowie, ob und unter welchen Bedingungen es sich im globalen Wettbewerb insbesondere gegen die USA behaupten oder gar durchsetzen kann. Dennoch liegt der Fokus der Beiträge nicht in einer Abgrenzung gegenüber dem „Modell USA“, sondern vielmehr in einer Annäherung an ein „Modell Europa“.

Der inhaltliche Bogen der Beiträge ist breit gespannt: von Fragen nach der

Opportunität von Eurozentrismus (Justin Stagl) oder der europäischen wirtschaftsethischen Identitätsfindung (J. Hanns Pichler) über Fragen nach der Zukunft eines europäischen Wirtschaftsstils (Wilfried Stadler), einer eigenen europäischen Wirtschaftsverfassung (Gunther Tichy), den Konturen einer europäischen Wirtschaftspolitik (Fritz Breuss), bis hin zur Rolle des öffentlichen Sektors (Ewald Nowotny) und von Großunternehmen (Ursula Schneider) in einer europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Weitere Beiträge widmen sich der Zivilgesellschaft (Manfred Prisching), der europäischen Sozialordnung (Günther Chaloupek) und Umweltordnung (Stefan Schleicher) sowie der Lissabon-Strategie als möglichem Motor eines europäischen Wirtschaftsmodells (Erich Hödl).

Wie ein roter Faden zieht sich eine grundsätzliche Bejahung der Existenz einer europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die Beiträge, wenngleich diese keineswegs vollständig entwickelt ist bzw. in manchen Bereichen reformiert werden müsste. Exemplarisch bringt es Günther Chaloupek auf den Punkt, indem er argumentiert, dass „sich die Frage, ob es eine europäische Sozialordnung gibt, keineswegs von selbst (beantwortet)“ (S. 147). Denn es gäbe keine „Europäische Sozialordnung“, deren Normsetzungsautorität die Europäische Union wäre“ (S. 149), und die sozialen Sicherungssysteme der Mitgliedsstaaten wiesen z. T. beträchtliche Unterschiede auf. Dennoch sei das „Modell Europa“ aufgrund einiger prägender Charakteristika sehr deutlich vom „Modell USA“ zu unterscheiden. Dies betraf in erster Linie die staatlich organisierten Sicherungssysteme im Falle der Erwerbslosigkeit, der Krankheit und

Berufsunfähigkeit, aber auch die kollektive Regelung von Arbeitsverhältnissen. Diese unterschiedlichen institutionellen Regelungen spiegelten sich deutlich in einigen Makroindikatoren, wie der Sozialquote und der Einkommensungleichheit.

Dessen ungeachtet seien die letzten beiden Jahrzehnte geprägt gewesen von Bestrebungen zur Vergemeinschaftung einer europäischen Sozialordnung, dessen wichtigstes Element die, 1997 aus der Taufe gehobene, Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) bilde. In der (EU-)Rhetorik sei die EBS zu dem Instrument für die Milderung, wenn nicht Lösung, der Beschäftigungsmisere in Europa hochstilisiert worden. Ein genauerer Blick zeige jedoch, dass diese im Rahmen einer restriktiven, auf die Einhaltung der Maastrichter Konvergenzkriterien fixierten Makroökonomie verankert sei. Mit ihrem Fokus auf strukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit sei sie „nahezu ausschließlich (...) auf die Angebotsseite des Arbeitsmarktes festgelegt. Nicht ausdrücklich, aber implizit war dies die programmatische Abkehr von einem gesamtwirtschaftlichen policy mix, der überall praktizierten Kombination aus nachfrage- und angebotsseitigen Maßnahmen“ (S. 156), für welche zudem keinerlei zusätzliche Budgetmittel vorgesehen wären. Die EBS sei daher zwangsläufig „ohne signifikante Wirkung auf die Arbeitslosigkeit“ geblieben und sei „ein spektakulärer Misserfolg, der ihrer Fehlorientierung auf die Angebotsseite zuzuschreiben ist“ (S. 157).

In seinem stringenten Abriss führt Chaloupek nicht nur die Ursachen des Scheiterns der EBS – salopp formuliert: dem sturen Festhalten an einer einseitig angebotsorientierten Politik-

ausrichtung und den Maastrichter Konvergenzkriterien – deutlich vor Augen, sondern zeigt gleichzeitig auf, dass alternative Handlungsoptionen durchaus realisierbar wären: so etwa europäische Maßnahmen zur Vermeidung eines Senkungswettbewerbs im Bereich der Steuern und die Forcierung produktivitätsorientierter Lohnpolitiken (S. 158f). Dass dies bisher nicht geschehen sei, liege jedoch weder an den Rahmenbedingungen, noch an mangelnden Konzepten, sondern an fehlendem politischem Willen.

Zu einem ähnlichen Befund kommt Erich Hödl im Hinblick auf die Frage, ob und inwieweit der Entwurf über eine europäische Verfassung¹ sowie die Lissabon-Strategie den Weg zu einem europäischen Wirtschaftsmodell ebnen könnten (S. 185-201).

Der Verfassungsentwurf sei im Wesentlichen ein von Zielkonflikten gespaltenen Entwurf: So wären zwar einerseits in der Präambel und in der Charta der Grundrechte Ziele sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit sowie demokratischer Mitbestimmung formuliert, während andererseits die ökonomischen Teile der Verfassung „in erster Linie auf die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ausgerichtet“ (S. 186) seien. Derselbe Zielkonflikt präge auch die Lissabon-Strategie: Hier sei die „materielle Ausfüllung der Wettbewerbsfähigkeit auf die IK-Technologien bezogen, um die sich nahezu alle flankierenden Maßnahmen ranken. Die Hoffnungen auf eine soziale und ökologische Nachhaltigkeit sind dort vorwiegend technologischer Art und (...) die Zielkonflikte mit dem ökonomischen Prozess (werden) unterschätzt“ (S. 186).

Abgesehen von den in der Verfassung enthaltenen Zielkonflikten gäbe es eine deutliche Hierarchisierung der

Ziele, wobei sozial-, ökologie- und demokratiepolitische Bestrebungen den ökonomischen eindeutig untergeordnet seien: „(D)er Wirtschaftsprozess (ist) heute unter den Vorgaben eines auf Mikroeffizienz ausgerichteten Binnenmarktes und einer überzogenen Politik der Makrostabilität eingespannt. Es können zwar unter diesen Vorzeichen begrenzte soziale und ökologische Verbesserungen erfolgen, aber die verfassungsmäßigen Definitionen von Binnenmarkt und Währungsunion verfügen von sich aus über keine Mechanismen, die in diese Richtung wirken. Zugespißt ausgedrückt sind diese Definitionen eine Einladung zur Vernachlässigung von sozialen und ökologischen Zielsetzungen und zur Forcierung der rein ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit. Damit wird die Verantwortung für die ebenso in der Verfassung festgeschriebenen sozialen und ökonomischen Ziele allein den Einzelpolitiken zugeschrieben, die dann natürlich mit der Eigendynamik von Binnenmarkt und Währungsunion in Konflikt geraten“ (S. 190).

Dieser Grundkonflikt prägte auch die im Rahmen der Lissabon-Strategie formulierte „Modernisierung des Europäischen Sozialmodells“: Unter den Bedingungen der absoluten Vorrangstellung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Nachhaltigkeit verkomme die Sozialpolitik zu „eine(r) reine(n) Anpassungspolitik an die ökonomische Dynamik und fügt sich in das ökonomische Kerngerüst von Mikroeffizienz und Makrostabilität nahtlos ein. Auf Ebene der Unternehmen kommt sie den Bedarfen an neuen Qualifikationen und anpassungsbereiten und flexiblen Arbeitnehmern entgegen. Auf makroökonomischer Ebene müssen angesichts Budgetdisziplinen zunehmende Anteile der sozialen Sicherung (...) di-

rekt von der Bevölkerung finanziert werden. Und die Kosten der Arbeitslosigkeit werden durch stärkere Anreize für eine Beschäftigungsaufnahme im Niedriglohnsektor reduziert. Die Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells erweist sich somit als eine flexible Anpassung an die Erfordernisse der technologiegetragenen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der damit verbundenen Umverteilung“ (S. 196f). Weder der Verfassungsentwurf noch die Lissabon-Strategie lösen somit „den bestehenden Zielkonflikt zwischen der globalen, vorwiegend ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit in Europa“ auf (S. 199).

Einen solchen Zielkonflikt zeichnet auch Stefan P. Schleicher in seinem Beitrag über die europäische Umweltordnung (S. 167-183) eindrücklich nach. Die EU hat seit den 1960er Jahren eine weltweit führende Rolle in der Umweltpolitik übernommen, sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunkte wie auch der innovativen Instrumente. Dennoch scheint diese Vorreiterrolle gefährdet, und zwar nicht allein, weil die Einigung auf Gemeinschaftsbeschlüsse schwieriger geworden sei und die ambitionierten Ziele zurückgenommen würden. Auch die nationale Umsetzung der Beschlüsse sei oft unzureichend. Noch schwerer wiege hingegen, dass die „sehr erfolgreich begonnene Integration von Umweltinteressen in alle Politikbereiche wieder zu zerfallen (droht). Die akuten wirtschaftlichen Probleme, die zu oft vorzeitig als ein Problem der Wettbewerbsfähigkeit identifiziert werden, drängen Umweltkriterien wieder in den Hintergrund“ (S. 181).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Buch eine fundierte Basis für

eine differenzierte Debatte bildet, in der insbesondere auch die Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten des „Modells Europa“ in den Blick gebracht werden. Unter der Voraussetzung, dass die Dominanz der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit in der Realpolitik nicht gebrochen werden kann, machen die Beiträge jedoch nur wenig Hoffnung auf die Umsetzung eines nachhaltigen europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.

Den Band zeichnet sein breiter Reflexionsrahmen aus: Neben wirtschaftlichen Fragestellungen wird sozioethischen und gesellschaftspolitischen Aspekten ein breiter Stellenwert eingeräumt. Damit werden Fragestellungen ins Zentrum gerückt, die heute nur allzu häufig vernachlässigt werden: die nach sozial-, umwelt- und gesellschaftspolitischer Verantwortung und Nachhaltigkeit. Bildlich gesprochen ist das Buch ein Schwimmen gegen den ökonomistischen Hauptstrom.

Umso erstaunlicher ist daher die Vernachlässigung des Geschlechteraspekts sowohl auf inhaltlicher wie auch auf Ebene der AutorInnen. Es kommt nur eine einzige Autorin zu Wort. Dies dürfte wesentlich die Folge einer, in den Wirtschaftswissenschaften nicht unüblichen, Geschlechterblindheit sein. Die derzeitige europäi-

sche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung prägt jedoch die Lebens- und Arbeitswelten beider Geschlechter in unterschiedlicher Weise. Verwiesen sei hier exemplarisch auf die beträchtlichen Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen oder die Probleme und Folgewirkungen von sozialen Sicherungssystemen, die primär auf langfristige, kontinuierliche und vollzeitige Beschäftigung abstellen und die insbesondere Frauen, aufgrund ihrer unbezahlt geleisteten Familien-, Betreuung- und Pflegearbeit, häufig nicht erfüllen. Frauen spielen zudem auch eine wichtige Rolle in vielen, von den Beiträgen thematisierten Bereichen: in den Unternehmen, in der Zivilgesellschaft, in der Umweltpolitik usw. Zur Sprache gebracht wird dieser Aspekt von in und quer durch das europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verlaufenden Brüchen und Spaltungen in keinem einzigen der Beiträge. Dies ist das große Manko in einem sonst – (insbesondere) auch für Nicht-Ökonomen – sehr lesenswerten Buch.

Ursula Filipič

Anmerkung

¹ Der Artikel wurde offenkundig vor der Ablehnung der Verfassung durch die Referenden in Frankreich und den Niederlanden verfasst.